

Martin Kunzmann DGB-Landesvorsitzender

„Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit“

Freiburg, 1. Mai 2018

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Bürgermeister (von Kirchbach),
lieber Werner (Siebler),

ist der erste Mai überhaupt noch zeitgemäß?
Diese Frage beantworte ich als überzeugter
Gewerkschafter mit einem klaren Ja!
Der 1. Mai ist **unser** Feiertag.
Und dies im wahrsten Sinne des Wortes.
Wir haben allen Grund zum Feiern.
Wir haben mit hervorragenden Tarifabschlüssen dafür
gesorgt, dass die Menschen am wirtschaftlichen Erfolg
teilhaben!

Unsere Kolleginnen und Kollegen der IG Metall haben für
die M+E-Industrie einen super Abschluss erstritten.
Er bringt ein sattes Plus auf das Gehaltskonto und mehr
Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit.

Diesen Erfolg habt Ihr erkämpft:
In ganz Deutschland waren 1,5 Millionen Metallerrinnen
und Metaller im Warnstreik!
Ohne diesen Druck hätten die Arbeitgeber nie und nimmer
nachgegeben, Kolleginnen und Kollegen!

Auch im öffentlichen Dienst haben wir gepunktet.
Der Abschluss für die Beschäftigten beim Bund und in den
Kommunen ist der beste seit zehn Jahren!
Die Entgeltsteigerungen sind in der Summe genauso hoch
wie in der Metallindustrie.
Das war überfällig.
Denn ohne öffentlichen Dienst funktioniert nichts in
diesem Land.

Die NGG hat für die Beschäftigten des Hotel- und
Gaststättengewerbes
ein Plus von insgesamt 4,5 Prozent herausgeholt.
Kolleginnen und Kollegen: Das war spitze!

Dieser Abschluss war ein wichtiger Schritt.
Damit wird die Abwärtsspirale der mickrigen Löhne
gestoppt.

Die Berufe im Gastgewerbe müssen dringend aufgewertet
werden. Sonst verschärft sich die Lage noch mehr.

Schon heute schmeißt jede/r zweite Azubi im Hotel- und
Gaststättengewerbe hin!
Und dann will der Dehoga die tägliche Arbeitszeit weiter
ausdehnen und die Ruhezeit von elf Stunden abschaffen.
Das ist skandalös!

Noch skandalöser ist es, dass unser Ministerpräsident
dem Dehoga auch noch zustimmt!
Dazu sagen wir ganz klar Nein.

In der Bauindustrie kommt es jetzt zur Schlichtung.
In der Branche herrscht Hochkonjunktur.
Daran wollen die Beschäftigten teilhaben.
Da ist die Forderung der IG BAU von sechs Prozent
genau passend.
Aber die Arbeitgeber halten den Geldbeutel zu.
Das geht gar nicht, Kolleginnen und Kollegen.

Auch die IG BCE geht mit einer Forderung nach sechs
Prozent in die Tarifrunde für die chemisch-
pharmazeutische Industrie.
Die Auftragsbücher in der Branche sind prallvoll.
Die Leistung der Beschäftigten gehört angemessen in
Euro und Cent gewürdigt.

Das gilt selbstverständlich auch für die Arbeit der
RedakteurInnen bei den Tageszeitungen.
Sie befinden sich in einem sehr zähen Arbeitskampf.
Die Verleger wollen erneut reale Lohnsenkungen
durchdrücken.
Ihr habt die volle Unterstützung des DGB, Kolleginnen und
Kollegen.
Guter Journalismus hat seinen Preis.
Das muss mal in die Köpfe der Verleger rein!

Wir haben auch deshalb jeden Grund zum Feiern, weil mit
den Tarifabschlüssen der IG Metall und ver.di
gesellschaftspolitische Themen aufgegriffen werden.

Ihre Erfolge sind erste Schritte in die Zukunft.

Die IG Metall hat mit der Arbeitszeit eine zentrale Frage in den Mittelpunkt gestellt:

Wer bestimmt zukünftig über unsere Zeit?

Verdi hat die Personalbemessung in der Pflege durchgesetzt. Das geht uns alle etwas an. Denn es geht nicht nur um die Gesundheit der Beschäftigten. Es geht auch um eine gute Pflege für die PatientInnen.

Das alles habt Ihr erkämpft.
Darauf könnt Ihr stolz sein.

Doch leider können wir uns nicht zurücklehnen.
Dafür gibt es immer noch zu viele Missstände, gegen die wir aufbegehren müssen.

Die Schere zwischen Arm und Reich wird größer.
67.000 Menschen besitzen zusammen mehr Nettovermögen als 59 Millionen der Bundesbürger.

Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit verstärkt sich.

Nur ein Beispiel:

Amazon – der Chef zählt zu den reichsten Menschen der Welt.

Seine Beschäftigten haben allerdings wenig davon. Sie arbeiten zu schlechtesten Bedingungen.

Und dann wird er für **dieses** „innovatives Geschäftsmodell“ vom Axel Springer Verlag ausgezeichnet. In einem Land, in dem er minimale Steuern zahlt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
die Wirtschaft boomt.

Die Konjunktur läuft bestens.

Die Prognosen für dieses und das kommende Jahr liegen über zwei Prozent.

Die Aktionäre jubeln über hohe Ausschüttungen.

Die Manager erhalten fette Boni.

Und die Beschäftigten?

Wer redet über diejenigen, die diesen Erfolg erarbeiten?

Leider vertieft sich die Spaltung auf dem Arbeitsmarkt immer mehr.

Zwar sind so viele Menschen in Arbeit wie seit Jahren nicht mehr.
Doch mit rund acht Millionen hat Deutschland den größten Niedriglohnsektor in Europa.

Viele Menschen stecken in schlechten und unsicheren Arbeitsverhältnissen fest.

Leiharbeit und Werkverträge sind für sie an der Tagesordnung.

Prekäre Jobs bestimmen den Arbeitsalltag der Beschäftigten in Servicecentern, in der Logistik, im Handel, auf den Flughäfen, im Taxigewerbe.

Die meisten von ihnen wissen heute nicht, wie es morgen weitergeht.

Sie haben keine Sicherheit – Stichwort Rente.

Am Sonntag hat die Tageschau gemeldet: 3,7 Millionen Beschäftigte haben nicht mehr als 2000 Euro brutto.

Das ist zutiefst ungerecht. Das reicht nicht zum Leben.

Altersarmut ist programmiert.

Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Anspruch auf ihren gerechten Anteil an den Gewinnen!

Unser Gegenentwurf zum Lohndumping heißt Solidarität, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir wollen, dass niemand verloren geht.

Deshalb kämpfen wir für mehr Tarifverträge.

Wir brauchen mehr Tarifbindung.

Da nehmen wir unsere Bundeskanzlerin in die Pflicht.

„Ich werde alles dafür tun, die Tarifbindung in Deutschland wieder zu steigern“ - hat sie auf dem Gewerkschaftstag der IG BCE gesagt.

Doch wie sieht es heute aus?

Der Koalitionsvertrag ist an dieser Stelle recht dünn, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Auf den 177 Seiten findet sich wenig zur

Sozialpartnerschaft, zum Versprechen, Tarifverträge

leichter für allgemeinverbindlich erklären zu lassen, zum

geplanten Verbot der unsäglichen OT-Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden.

Wir sollten die Kanzlerin mal darüber aufklären, was in diesem Land los ist.

Wir sollten sie darüber aufklären, dass es immer noch viele Kapitalisten gibt, die das Rad der Geschichte zurückdrehen möchten.

Tariflosigkeit ist nichts anderes als Schmutzkonkurrenz gegenüber den tarifgebundenen Betrieben!

Nur noch die Hälfte der Beschäftigten in Baden-Württemberg profitiert von einem Flächentarifvertrag!

Beschäftigte ohne Tarifvertrag verdienen gut ein Viertel weniger als Beschäftigte mit Tarifvertrag!

Vor allem Frauen hilft ein Tarifvertrag, die Lohnlücke zu den Männern zu verringern.

Der Tarifvertrag muss wieder das Maß der Dinge sein.

Nur so kann es gelingen, dass alle am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben.

Gute Arbeit gibt es nur mit Tarifverträgen. Gute Tarifverträge nur mit vielen Gewerkschaftsmitgliedern in den Betrieben.

Liebe Kollegen/Innen,

Tarifverträge sind die eine Seite.

Die andere Seite sind die Betriebs- und Personalräte.

Sie sind es, die in den Betrieben die Interessen der Beschäftigten vertreten. Sie setzen die Tarifverträge um.

Doch nur noch 48 Prozent der Beschäftigten im Land werden von Betriebsräten vertreten.

Die Wahl von Betriebs- und Personalräten ist ein verbrieftes Recht. Und doch wird es immer schwieriger, Betriebs- und Personalräte zu gründen.

Mit vielerlei Tricks versuchen Arbeitgeber, die innerbetriebliche Demokratie zu behindern und zu verhindern.

Mehr denn je erfordert es Rückgrat sich als Betriebs- oder Personalrat aufstellen zu lassen.

Deshalb **DANKE** an alle Kolleginnen und Kollegen, die für die DGB-Gewerkschaften bei den Betriebsratswahlen kandidiert haben oder noch kandidieren.

Mit Eurem Engagement und Eurer Kompetenz helft Ihr dabei, die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu verbessern.

Wir GewerkschafterInnen wollen Brücken in die Arbeitswelt von morgen bauen.

Damit das gelingt, brauchen wir mehr Mitbestimmung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Bundesregierung hat Vollbeschäftigung als ihr Ziel ausgegeben.

Darauf muss sie nun zügig hinarbeiten.

Wir werden ihr genau auf die Finger schauen.

Wir werden Druck machen, Kolleginnen und Kollegen. Das verspreche ich Euch.

Dabei ist auch die Frage zu klären, was mit den Frauen und Männer passiert, die keine Arbeit haben, oder gar nicht oder nur wenig arbeiten können.

Traut sich die Große Koalition an eine echte Arbeitsmarktreform heran?

Bis jetzt kann ich bei Union und SPD noch keine ernsthaften Bemühungen erkennen – stattdessen schwätzt Herr Spahn dumm raus.

Wer den Arbeitsmarkt reformieren will, muss auch Hartz-IV grundlegend reformieren.

Wir dürfen nicht akzeptieren, dass Millionen arbeitsfähiger Menschen im Hartz-IV-System feststecken.

Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, dass sie wieder in Lohn und Brot kommen!

Sie muss dafür sorgen, dass die Hartz-IV-Sätze erhöht werden.

Denn Hartz IV nimmt den Menschen ihre Würde. Vor allem Kinder leiden darunter.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
wer sein Leben lang gearbeitet hat, darf nicht kurz vor der
Rente zum Sozialfall werden.

Der Arbeitsmarkt muss auch im Bezug auf die prekären
Beschäftigungsverhältnisse reformiert werden.

Die vorherige GroKo hat das Leiharbeitsgesetz auf den
Weg gebracht.

Doch ist es ein so großer Erfolg, wie sie es uns
verkaufen?

Meine Antwort lautet NEIN.

Das Gesetz ist löchrig wie ein Schweizer Käse.
Nach neun Monaten haben Leiharbeiter/Innen
Anspruch auf denselben Lohn wie die Stammebelegschaft.
Soweit die Theorie.

Doch die Praxis zeigt:
Unternehmen kündigen den Leiharbeitskräften nach neun
Monaten. Und bieten ihnen an, sie nach drei Monaten
wiedereinzustellen.

Diese Schlupflöcher muss die Politik schließen.

Spannend wird auch, wie es mit dem Mindestlohn
weitergeht.

Vier Millionen Beschäftigte verdienen dank des
Mindestlohnes mehr Geld.

Es ist unser Erfolg, dass diese Haltelinie eingezogen
worden ist.

Und das lassen wir uns von niemandem schlecht reden.

Da man von 8,84 Euro brutto nicht vernünftig leben kann,
bedarf es einer Erhöhung.

Der Mindestlohn muss reichen, um die Existenz zu
sichern.

Da bleiben wir dran. Ebenso wie an der konsequenten
Umsetzung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

trotz aller Kritik:

Die Große Koalition will für Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer einiges verbessern –

mehr als es ein Jamaika-Bündnis je gemacht hätte.

Der DGB hat dafür gesorgt, dass viel Vernünftiges in den Koalitionsvertrag hineingekommen ist.

Auf der Habenseite stehen:

- die Beschränkungen bei sachgrundlosen Befristungen
- das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit
- die Parität in der Krankenversicherung
- die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent
- Verbesserungen bei der Pflege
- höhere Investitionen in Bildung
- das Arbeitszeitgesetz soll - vorerst - nicht angetastet werden.

Die nächsten Wochen werden zeigen, ob der Koalitionsvertrag nur ein Stück Papier ist.

Oder ob konkrete Gesetzentwürfe umgesetzt werden.

Trotz aller guten Ansätze springen die Koalitionspartner zu kurz.

Union und SPD stellen die Verteilungsfrage gar nicht!

Es fehlt der große Aufbruch hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

Es gibt praktisch keine Umverteilung.

Es gibt keine Steuererleichterungen für kleine und mittlere Einkommen.

Es fehlt eine spürbare Entlastung für Normalverdienende und Familien.

Es fehlt eine Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Es fehlt eine Anhebung des Spitzensteuersatzes.

Es fehlt an Instrumenten, um Steuerschlupflöcher zu stopfen.

Es fehlt eine langfristig ausgerichtete Rentenpolitik, die Menschen vor Altersarmut schützt.

Stattdessen wird eine Kommission eingerichtet.

Die Bundeskanzlerin hat sich schon auf einen Beitragssatz von maximal 20 Prozent festgelegt.

Die Bundesregierung setzt immer noch auf die gescheiterte private Altersvorsorge.

Das ist keine generationengerechte Politik, Kolleginnen und Kollegen!

Unsere Rentenkampagne verfolgt ehrgeizigere Ziele!

Wir wollen das Rentenniveau erhöhen. Die gesetzliche Rente muss wieder zum Leben reichen.

Wir wollen die jungen Menschen genauso gut absichern wie die älteren!

Vor allem wollen wir verhindern, dass Jung und Alt gegeneinander ausgespielt werden.

Auch bei den Berliner Plänen zur Verbesserungen in der Pflege kann man viele Fragezeichen machen.

8.000 zusätzliche Fachkräfte für die Pflege – das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein!

Bei einem Thema versagt die GroKo völlig: – der Nullverschuldung.

Union und SPD wollen Sparweltmeister sein.

Finanzminister Olaf Scholz gibt den besseren Schäuble.

Anstatt die Null-Zins-Phase zu nutzen um Deutschland zu modernisieren, zählt er Cents und Euro, damit die schwarze Null ja eingehalten wird.

So wird sich der immense Investitionsstau nicht auflösen!

Wenn nicht in die Zukunft investiert wird, verletzt der Staat seine Vorsorgepflicht.

Der soziale Zusammenhalt wird geschwächt. Die Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben.

Es muss in die Infrastruktur investiert werden.

Wir haben mehr als genug Investitionsstau.

Beispiel Wohnungsmarkt.

Der Wohnungsmangel ist eines der brennendsten Probleme unserer Zeit. Er birgt einen hohen Sprengstoff.

Die Entwicklung war absehbar.
Dennoch haben der Bund, das Land und viele Kommunen
auf den freien Markt gesetzt.
Das war falsch.

Viele Menschen sind heute von Armut bedroht: Über
50 Prozent ihres Einkommens gehen für die Miete drauf.

Die Versorgung mit Wohnungen darf nicht dem freien
Spiel der Kräfte überlassen werden.
Doch nicht nur auf dem Wohnungsmarkt, auch sonst
investiert der Staat viel zu wenig, Kolleginnen und
Kollegen.

In der Bildungspolitik hat Schwarz-Rot einige Forderungen
von uns aufgegriffen:

- Die Schulen werden digital ausgestattet.
- Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung soll
kommen.
- In die beruflichen Schulen wird investiert.
- Azubis sollen eine Mindestausbildungsvergütung
erhalten.

Dennoch:
Die Liste der Bedarfe ist hier sehr lang.

Integration,
Inklusion,
Sprachförderung,
die Vermittlung von Basiswissen,
von sozialen Kompetenzen:

Unseren Lehrerinnen und Lehrern werden immer mehr
Aufgaben aufgebürdet, ohne dass die nötigen Ressourcen
bereitgestellt werden.

Wenn wir in die Zukunft unseres Landes investieren
wollen, müssen wir bei unserem Nachwuchs anfangen.

Jeder in Bildung investierte Euro ist gut angelegt.

Wir brauchen mehr Ressourcen für die Schulen:

Wir brauchen mehr Investitionen in die Lehrerausbildung.

Wir brauchen eine bessere Ausstattung der beruflichen
Schulen.

Die Qualität der Hochschulausbildung muss verbessert
werden.

Junge WissenschaftlerInnen brauchen sichere Perspektiven und nicht einen befristeten Vertrag nach dem anderen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wenn man auf die Daseinsvorsorge schaut, muss man auch auf das Thema Innere Sicherheit schauen.

Auch hier sind Investitionen überfällig.
Bei der Polizei wurde in den vergangenen Jahren gespart, was das Zeug hält.

Jetzt wird dieser Fehler korrigiert.
Aber die Korrektur braucht ihre Zeit.
Das zeigt einmal mehr, die Politik denkt oft zu kurzfristig.

Ein weiteres Problem, mit dem unsere Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst konfrontiert werden, ist die wachsende Gewalt, der sie in ihrem Arbeitsalltag ausgesetzt sind.

Ihr alle kennt Schlagzeilen wie:
Steinwürfe auf Polizistinnen und Polizisten,
Pöbeleien auf dem Rathaus,
Messerattacken auf dem Arbeitsamt,

Hier müssen die Dienstherrn und die Arbeitgeber gegensteuern.

Wer seinen Dienst tut, muss vor Gewalt und Übergriffen geschützt werden!

Hierzu gehört eine entsprechende Ausstattung.

Hierzu gehören Präventionsmaßnahmen.
Hierzu gehören Schulungen für die Beschäftigten.

Hierzu gehört aber auch, dass die Betroffenen nicht im Stich gelassen werden.

Da erwarten wir hier im Land von grün-schwarz ein stärkeres Engagement.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
schauen wir auf Baden-Württemberg.

Auch hier gibt es einen Koalitionsvertrag.
Und das schon seit zwei Jahren. Danach soll Baden-Württemberg das Musterland für gute Arbeit werden.

Doch was ist bisher passiert?

Thema Tarifbindung: Wir haben der Landesregierung wiederholt vorgeschlagen, ein Bündnis für Tariftreue und

Mitbestimmung zu schmieden. Wir warten immer noch auf eine Antwort – geschweige denn, dass Taten folgten.

Thema Vergabelohn:

Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen will Grün-Schwarz nicht über den bundesweiten Mindestlohn hinausgehen. Obwohl andere Bundesländer weitaus höhere Vergabelöhne festgesetzt haben. Beispiel Schleswig-Holstein 9,99 Euro.

Thema gleiche Bezahlung:

Wenn es um gleiche Bezahlung von Frauen für gleiche und gleichwertige Arbeit geht, hat Baden-Württemberg mit 26 Prozent nach wie vor die rote Laterne.

Thema Digitalisierung:

Es gibt viele Digitalisierungsstrategien. Darin dreht sich aber alles um die Technik.

Von den Menschen ist keine Rede.

Was wird mit den Beschäftigten in der neuen digitalen Arbeitswelt?

Diese Frage scheint nicht zu interessieren.

Uns geht es darum, den Transformationsprozess in der Auto- und Zulieferindustrie, in der Energiewirtschaft, in der IT-Branche und in vielen anderen Bereichen zu gestalten – mit und für die Beschäftigten!

Im Sinne der Beschäftigten braucht Baden-Württemberg nicht nur innovative Konzepte zur Förderung neuer Technologien.

Wir brauchen auch Modelle zur beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Wir brauchen Arbeitsplätze, die zu Lernplätzen werden.

Berufliche Aus- und Weiterbildung sind ein Instrument, um Beschäftigung und Wertschöpfung im Land zu halten.

Der Zugang zu Aus- und Weiterbildung muss allen Beschäftigten möglich sein.

Sie ist kein Privileg, sondern ein Recht.

Hier muss die Landesregierung aktiv werden.
Und auch das Bildungszeitgesetz ist ein wichtiger
Baustein.

Ohne die Gewerkschaften gäbe es in Baden-Württemberg
vermutlich immer noch kein Bildungszeitgesetz.

Vor drei Jahren ist es endlich gekommen. Und heute soll
es schon wieder beschnitten werden.

Das Bildungszeitgesetz ist eine wichtige gesellschaftliche
Errungenschaft.

Es kommt uns allen zugute - im Ehrenamt und zur
Stärkung der Demokratie.

Doch nun legt die Landesregierung die Axt an das Gesetz.

Der Umgang mit dem Bildungszeitgesetz ist ein Kniefall
vor der Lobby der Arbeitgeber!

Ich frage mich, ob die Landesregierung nur noch die
Interessen der Arbeitgeber im Blick hat?

Warum werden immer die Gesetze in Frage gestellt, die
die Rechte der Beschäftigten stärken?

Das gilt auch für das Chancengleichheitsgesetz und das
Landespersonalvertretungsgesetz im öffentlichen Dienst.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
wir wollen ein modernes Land, mit einem modernen
Wahlrecht.

Doch die Reform ist gescheitert.
Der kleine Koalitionspartner hat sich durchgesetzt.

Der Landesregierung ist es offensichtlich egal, dass unser
Landtag beim Frauenanteil bundesweit an letzter Stelle
steht.

Parlamente sollen ein Spiegel der Gesellschaft sein.
Das bleibt für den baden-württembergischen Landtag erst
einmal eine Utopie!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
noch ein paar Worte zum gesellschaftlichen Klima.

Unser Parteiensystem steckt in einer Vertrauenskrise.

Das ist kein Wunder!
Wenn Abgeordnete nicht mehr wissen, was die
Bürgerinnen und Bürger beschäftigt.

Wenn Koalitionsverträge nicht mehr das Papier wert sind,
auf dem sie stehen.

Es stimmt etwas nicht, wenn Rechtspopulisten wie
Gauland, Höcke & Co. unser demokratisches System
nutzen, um Hass und Hetze zu verbreiten.

Durch die von ihnen verbreiteten Fake News, durch ihre
Wortwahl gehören Antisemitismus und die Schmähung
von Migrantinnen und Migranten fast schon zum Alltag in
unserem Land.

In den sozialen Netzwerken sprühen vor allem die
Rechtspopulisten ständig Gift und Galle.

Sie tragen dazu bei, dass unsere Gesellschaft gespalten
wird.
Sie suchen immer einen Sündenbock. Und den immer bei
den Minderheiten.

Das ist ihre einzige politische Strategie.
Probleme lösen, das können sie nicht. Und wollen es auch
gar nicht.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir die Rechtspopulisten
entlarven: Wir Demokraten müssen klare Kante gegen
rechts zeigen.

Liebe Kollegen/Innen,

Solange es noch so viele Ungerechtigkeiten gibt und die
Verteilungsfrage nicht geklärt ist, haben wir genug zu tun.

Deshalb ist der 1. Mai immer noch zeitgemäß.
Und so aktuell wie das, für das wir im DGB stehen:
Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit.

Denn wenn nicht wir? Wer dann sollte dafür sorgen, dass
Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft
durchgesetzt werden?

Solidarität macht uns stark. Gemeinsam können wir das
erreichen, wovon der oder die einzelne nur träumen kann.

Vielfalt zeichnet eine Demokratie aus.

Das zeigt sich auch heute hier.
Was kann es denn Besseres in einer Demokratie geben,
als dass die Bürgerinnen und Bürger einer Stadt die Wahl
zwischen drei Kandidaten für das Amt des
Oberbürgermeisters haben?

Das ist gelebte Demokratie.